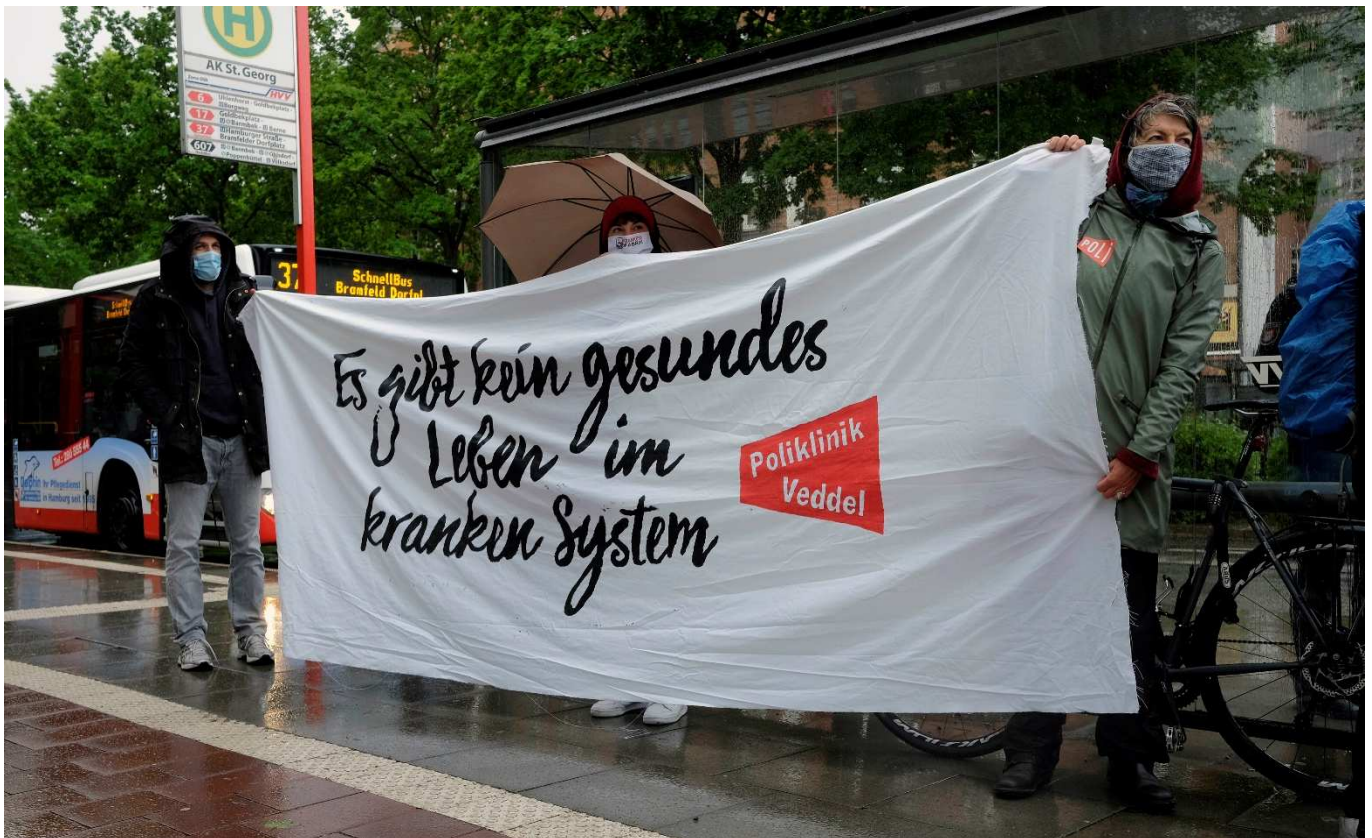




DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juni 2020



Pflegedemo am 12. Mai vor dem AK St. Georg Foto: Matthias Thurm

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe:
Freitag, 26.06.2020

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bezirksmitgliedertreffen	S. 2
Belange der Mieter*innen	S. 2
Sisters in struggle	S. 3
Bericht vom Mitgliedertreffen	S. 4
Resolution 9. Mai	S. 5
Einschränkungen wg. Covid19	S. 8
8. Mai, Tag der Befreiung	S. 9
Mahnwachen Stadthaus	S. 10
Termine / Kontakt	S. 11

Mitgliedertreffen am 14.6.20

Am 14.6.20 lädt der Bezirksvorstand in der Zeit von 15:00 – 19:00 zu einem Mitgliedertreffen in der Alevitischen Gemeinde (Nobistor 33-35) ein. Aufgrund der Corona Regeln stehen derzeit nur 30 Plätze zur Verfügung, deshalb ist eine Anmeldung unter

info@die-linke-hamburg-mitte.de

erforderlich. Der Bezirksvorstand ist mit dem Vermieter noch in Verhandlung, welches zur Folge haben kann, dass mehr als 30 Plätze zur Verfügung stehen. Ferner ist eine Übertragung im Internet geplant.

Folgende Tagesordnungspunkte sind geplant:

TOP1: Linke Perspektiven aus der (Corona-)Krise

Corona deckt die Systemmängel gnadenlos auf. Welche Perspektiven ergeben sich daraus für DIE LINKE?

TOP2: Wie weiter für (atomare) Abrüstung und das Verbot der Rüstungsexporte?

Abzug der Atomwaffen aus Büchel und kein Kauf von F-18 Bombern, stattdessen das Gesundheitssystem stärken.

TOP3: Wiederaufbau des Parteilebens nach dem "Lockdown" - Parteitage und BMVen

Die Coronakrise hat auch das Parteileben stark eingeschränkt. Wie können wir es wiederbeleben?

Der Bezirksvorstand freut sich, am 14.6. endlich wieder mehr physische Präsenz zu ermöglichen. Über die Entwicklung der Vorbereitungen (Anzahl der Plätze und Internetübertragung) für diese Veranstaltung werden wir per Mail und auf unserer Internetseite <https://www.die-linke-hamburg-mitte.de> informieren.

i.A. des Bezirksvorstandes

Wolfgang Strauß

Die Interessen der Mieter*innen wieder stärker ins Blickfeld rücken!

Von Heike Sudmann, MdHB, Wahlkreisabgeordnete in Hamburg-Mitte

Die sozialen und auch wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise werden nach und nach deutlicher. So ist die Zahl der Erwerbslosen laut Hamburger Arbeitsagentur im April 2020 bereits um 11.000 gegenüber dem Vormonat auf nunmehr 77.500 Betroffene gestiegen, zum Jahresende rechnen Expert*innen mit mehr als 100.000. Zehntausende sind bereits in Kurzarbeit, vielleicht werden es in Kürze Hunderttausende sein. Besonders hart trifft die Krise auch Soloselbständige: Jede*r vierte Selbständige, so eine Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung vom 29. Mai, hält es für sehr wahrscheinlich, die kommenden zwölf Monate jobmäßig nicht zu überstehen.

Die teilweise dramatischen Einkommensverluste konnten Betroffene in den ersten Wochen vielleicht noch auffangen, aber langsam gehen auch persönliche Rücklagen zu Ende. Verschiedene Corona-Soforthilfe-Maßnahmen sind auf wenige Monate befristet wie z.B. die Mietübernahme. Die Sozialbehörde erklärte Ende März, im Falle einer durch Corona bedingten Notlage Mieten und Heizkosten für sechs Monate auch ohne Prüfung des Vermögens (es sei denn, es ist „erheblich“) zu übernehmen. Allerdings kann ein entsprechender Antrag nur noch bis zum 30. Juni gestellt werden, obwohl für viele Haushalte die ökonomi-



sche Krise dann erst richtig beginnt. Wer sich einen Überblick über die Unterstützung vor allem von Mieter_innen verschaffen will, wird auf dieser Behördenseite recht gut bedient:

<https://www.hamburg.de/bsw/13751408/2020-03-27-a-faq-corona-bsw/>.

Die wohnungswirtschaftlichen (Vermietungs-) Verbände teilten in einer Presseerklärung am 29. Mai mit, dass mittlerweile 22 % der Gewerbemieten in Hamburg coronabedingt nicht mehr bezahlt würden, insbesondere im Einzelhandel, in Gastronomie und Hotellerie. Bei Wohnungsmieten sei der Ausfall derzeit noch vergleichsweise gering: Von 376.500 untersuchten Mietverhältnissen sei die Miete bisher nur in rund 3.000 Fällen nicht entrichtet worden, also weniger als 1 %. Mit der anhaltenden Krise und der sich entwickelnden Rezession, den wachsenden Zahlen bei den Erwerbslosen, Kurzarbeiter*innen und Insolvenzen – nehmen wir nur die Traditionsbäckerei „Dat Backhus“ mit ihren 120 Filialen und 1.300 Mitarbeiter*innen in der Metropolregion Hamburg) – werden wir es voraussichtlich noch mit ganz anders dimensionierten Problemen zu tun bekommen.

Mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage zu den „Auswirkungen der Coronakrise auf Hamburgs Mieter_innen“¹ haben wir eine erste Runde Informationen beim Senat abgefragt, allerdings wegen der Kürze der Lockdown-Zeit noch nicht mit übertragenden neuen Erkenntnissen. Für die nächste Bürgerschaftssitzung am 10. Juni hat die Fraktion DIE LINKE einen umfassenden Antrag vorgelegt: „Wohnungsverlust verhindern – Mieter*innenschutz in der Coronapandemie vorerst bis Ende 2020 verlängern!“² Es geht darum, kurzfristig die Situation von in Not geratenen Menschen und Haushalten aufzufangen, getreu dem Grundsatz: Niemand darf durch Corona Wohnung oder Laden verlieren! Und so sieht das aus elf Petita bestehende Antragspaket auch vor, bestimmte Regelungen mindestens bis zum Jahresende zu verlängern, z.B. die Möglichkeit, einen Antrag auf vollständige Mietübernahme auf jeden Fall noch bis zum Jahresende stellen zu können.

Besonders interessant werden dürfte die Debatte hinsichtlich unserer Forderung, dass die Vermieter_innen in Hamburg grundsätzlich auf eine

Mieterhöhung im laufenden Coronajahr verzichten sollen. Bei der privaten Wohnungswirtschaft werden wir da wohl auf Granit beißen, und wir haben nicht die Mehrheiten, entsprechende Gesetze zu beschließen. Aber die SAGA, Hamburgs städtisches Wohnungsunternehmen, könnte beispielhaft voran gehen und rückwirkend ab 1. Januar 2020 auf sämtliche bereits verkündeten oder vorgesehenen Mieterhöhungen zu verzichten. Laut Senatsantwort auf unsere o.a. Anfrage würde die SAGA lediglich 5,5 Millionen Euro Einnahmeverlust haben, wenn sie in diesem Jahr komplett auf Mieterhöhungen verzichten würde. Bei Überschüssen von jeweils rund 200 Millionen Euro alleine 2018 und 2019 ist das ohne Probleme verkraftbar. Fragt sich, wie der politische Wille bei den Senatsparteien ausfällt.

Mehr zum Thema Mieten unter Corona und überhaupt zur Wohnungspolitik im neuen „Bürger*innenbrief“ sowie auf der Homepage, und alles unter <http://heikesudmann.net/>.

Sisters in struggle



Nach Beendigung der "Seebrücken"-Kundgebung am 23. Mai auf dem Rathausmarkt wurde ich auf eine kleine Gruppe von Frauen "sisters in struggle" (Schwestern im Kampf) aufmerksam.

Leider nur auf Englisch - erklärten sie sich als Gruppe selbstorganisierter, geflüchteter Frauen, die sich für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation in Deutschland einsetzen.

Viele haben auf dem Wege der Flucht massive Gewalt erfahren, sind (ungewollt) schwanger geworden.

Sie fordern neben der Anerkennung ihrer individuellen Fluchtgründe im Asylverfahren auch eine verbesserte medizinische und psychologische Betreuung, eine Auflösung aller großen Wohnlager in kleine Wohneinheiten, Sprachunterricht und Arbeitserlaubnis.

-ena

¹ Drs. 22/190 vom 15.5.2020:
https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/70313/auswirkungen_der_corona_krise_auf_hamburgs_mieter_innen.pdf

² Drs. 22/383 vom 26.5.2020:
https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/70493/wohnungsverlust_verhindern_mieter_innenschutz_in_der_corona_pandemie_vorerst_bis_ende_2020_verlaengern.pdf

Bericht vom Mitgliedertreffen am 9. Mai

Liebe Genossinnen und Genossen, das selbstorganisierte Mitgliedertreffen am 9. Mai im Besenbinderhof war ein voller Erfolg! Insgesamt nahmen knapp 70 Genoss*innen daran teil. Die Möglichkeit, sich virtuell zuzuschalten und mitzudiskutieren, wurde von weiteren Genoss*innen aus verschiedenen Bezirksverbänden genutzt.

Diese Parteiveranstaltung am 75. Jahrestag des Sieges war sehr bedeutsam um die Befreiung von Faschismus und Krieg zu würdigen. Gleichzeitig war – und bleibt – es nötig, dass die Partei die Debatte über die politischen Konsequenzen aus der Coronakrise führt und in der Öffentlichkeit als klare Oppositionspartei und Interessenvertretung der Bevölkerung, vor allem der Beschäftigten und Benachteiligten, auftritt. Die Krise kann nur progressiv überwunden werden!

Die gut fünfstündige Versammlung ist ein Beleg für den hohen Diskussionsbedarf und ein gelungener Auftakt für eine Bezirke übergreifende innerparteiliche Verständigung, die jetzt bereits ihre Fortsetzung findet. Das Treffen – das wurde von vielen betont – fand in einer ausgesprochen solidarischen und kulturvollen Atmosphäre mit lebhaften, voranbringenden Diskussionen statt.

Dazu haben maßgeblich die ausgezeichneten Referate von Norman zur Geschichte und Aktualität des Verfassungsrechts und von Bernd zur Lage in den privatisierten Krankenhäusern beigetragen.

Aufzeichnungen der Input-Referate könnt ihr hier sehen:

Norman Paech zum Thema "Geschichte und Aktualität der Grundrechte":

<https://www.youtube.com/watch?v=idtIC-5sePw>

Bernd Hartz zum Thema „Vom gewinn- zum patientenzentrierten Gesundheitssystem“:

<https://www.youtube.com/watch?v=EQmoDx4BcJQ>

Das vorgelegte Diskussionspapier traf auf allgemeine Zustimmung und wurde als Resolution der Versammlung per Akklamation und mit einigen Verbesserungen aus der Diskussion angenommen. Die Resolution ist ein Auftakt der innerparteilichen Diskussion über die Bewertung der gegenwärtigen Krise und Konsequenzen für die Partei und kann gern aufgegriffen werden.

Die Erfahrung des Mitgliedertreffens sowie das Hygiene-Schutzkonzept der Stadtteilgruppe Ep-



pendorf/Hoheluft-Ost bilden einen guten Ausgangspunkt für die Durchführung weiterer Parteiversammlungen auf allen Ebenen – von Stadtteilgruppen und Landesarbeitsgemeinschaften über Bezirksverbände und Landesverband bis hin zu den Fraktionen. (Laut § 3, Abs. 12 der Eindämmungsverordnung vom 13. Mai sind Parteiversammlungen nun noch expliziter erlaubt, als bereits zuvor:

<https://www.hamburg.de/rechtsverordnungen/13910708/2020-05-12-rechtsverordnung/>)

„Um aus passivem Unmut aktive Gegenwehr zu machen, muss die LINKE als positives Beispiel vorangehen und als lebendige Mitglieder- und Programmpartei sich so entwickeln, dass gemeinsam und voneinander gelernt werden kann.“ (aus der Resolution). Wir setzen darauf, dass das Parteilieben nunmehr in Form von Mitgliederversammlungen oder -treffen zügig in Gang kommt – jede*r kann dazu einen Beitrag leisten!

Ein Folgetreffen ist für Ende Mai in Planung, auf dem die weitere Arbeit mit der Resolution und das gesellschaftliche Eingreifen der Partei besprochen werden soll. Wer Interesse hat, kann sich bei Florian unter „Mitgliedertreffen@gmx.de“ melden. Achtet ansonsten auf die Ankündigung.

Solidarische Grüße,
Bernd, Gunhild, Kristian und Florian (für den Vor- und Nachbereitungskreis)

P.S.: Zur Auseinandersetzung mit der Situation in einem privatisierten Gesundheitssystem empfehlen wir sehr die letzte Folge der „Anstalt“:

<https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt/die-anstalt-vom-5-mai-2020-100.htm>

Raus aus der Corona-Krise heißt raus aus dem Neoliberalismus

Solidarität bewegt die Welt! Aufgaben der LINKEN zur Überwindung des Übels

Die Corona-Krise offenbart eine tiefe gesellschaftliche Krise – ökonomisch, politisch und sozial. Der neoliberale Dreiklang aus Privatisierung, Demokratie- und Sozialstaatsabbau ist nicht nur keine Antwort auf die drängenden Probleme weltweit, sondern hat sie wesentlich hervorgebracht und verschärft sie mit jedem weiteren Schritt: durch Umweltzerstörung und Massentierhaltung, durch prekäre Wohn-, Arbeits- und Sozialbedingungen, durch Standortpolitik, durch Profitorientierung (nicht nur) im Gesundheitswesen und in der Pharmaindustrie.

Das Virus macht keinen Unterschied zwischen Arm und Reich – aber seine Wirkung ist in den armen Ländern und Bevölkerungsschichten verheerender. Wir sagen klipp und klar: Konkurrenz und Profit töten, Solidarität und Allgemeinwohlorientierung heilen.

Die Bundesregierung war spätestens seit der Risikoanalyse des Robert-Koch-Instituts von 2012/2013 gewarnt vor der Gefahr einer weltweiten Pandemie durch Coronaviren, hat diese aber ignoriert und das Gesundheitswesen marktkonform zugerichtet und kaputtgespart – die Pläne der NRW-Landesregierung, auf der Grundlage einer Bertelsmann-Studie 60 Prozent der Krankenhäuser dichtzumachen, sind nicht vom Tisch. Die Alternative ist eine auf Humanität und Demokratie gegründete Politik planvoller Vernunft.

Um des Überlebens und eines guten Lebens für alle willen muss von fortschrittlicher Seite ein tiefgreifender sozial-ökologischer und friedenspolitischer Systemwechsel vorangetrieben werden, worin erst eine menschenwürdige Gesellschaft gebildet werden kann und alle Menschen die Lebensverhältnisse bewusst gestalten und ihre Persönlichkeit solidarisch entfalten können. **Dafür braucht es Dich und Dich!**

International solidarische Entwicklung

Am Härtesten sind von Corona die Menschen in den ärmeren Ländern betroffen, in denen die Lebens- und Gesundheitsbedingungen in struktureller Unterentwicklung gehalten werden, wo Armut, Krieg, Naturzerstörung und Flucht zum Alltag neokolonialer Ausbeutung gehören. UN-Generalsekretär Guterres weist eindringlich daraufhin: „Die Schwere der Kri-

se, mit der wir bei der COVID-19 Pandemie konfrontiert sind, macht die Tragik und Torheit des anhaltenden Leidens deutlich, das durch bewaffnete Konflikte verursacht wird.“

Wir fordern mit ihm einen weltweiten Waffenstillstand! Auch alle Rüstungsexporte und die enorme Aufrüstung der NATO-Staaten müssen sofort gestoppt werden. Die milliardenschweren Mittel für die Aufrüstung, u.a. durch US-amerikanische F-18-Bomber für die in Büchel stationierten Atomwaffen, die die Gefahr eines Atomkrieges erhöhen, müssen stattdessen für die Gesundheitsversorgung ausgegeben werden.

Aufgabe der LINKEN ist es, die Friedensbewegung zu stärken und alle Bemühungen zu unterstützen, dass Geflüchtete endlich aus den überfüllten Lagern an den Grenzen der EU befreit und menschenwürdig aufgenommen werden.

Alle Sanktionen gegen jedwedes Land müssen aufgehoben werden, ebenso die Freihandelsabkommen, die nur ein Freibrief für neokoloniale Ausbeutung, Deregulierung und Umweltzerstörung sind. Denn: Die Krise kann nur durch internationale Zusammenarbeit, durch Stärkung der UNO und ihrer Institutionen wie Weltgesundheitsorganisation (WHO) und UNESCO sowie durch die Durchsetzung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages gelöst werden – für soziale Entwicklung, ökologische Nachhaltigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse und Gesundheitsversorgung, die allen zu Gute kommt.

Gesundheit für alle: Menschen vor Profite!

In der Corona-Pandemie wird weltweit deutlich, was längst nötig und möglich ist: Ein Gesundheitswesen, welches vom Menschen und seinen Bedürfnissen ausgeht, statt auf private Profite zu zielen. Das Ausmaß der Krise wurde hervorgebracht durch die Austeritäts- und Privatisierungspolitik der letzten 30 Jahre, durch Standort- und betriebswirtschaftliches Denken und Handeln. Als LINKE nehmen wir die Aufgabe an, umfassend das universelle Menschenrecht auf Gesundheit zu verwirklichen, das ist ein „Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefin-

dens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen“ (WHO). Gesundheitsförderung ist in diesem Sinne maßgeblich eine Frage der sozialen und ökologischen Bedingungen, der ungehinderten Entfaltung des Ethos der im Medizinbereich Tätigen und der internationalen Kooperation, etwa um schnell und für alle Behandlungsmöglichkeiten und Impfstoffe zu entwickeln sowie breit angelegt Prävention zu betreiben.

Das Geschäft mit der Krankheit führt zu Überlastung der Beschäftigten (Pfleger wie Ärztinnen), zu massenhafter Unterversorgung und Fehlbehandlung, zu Zynismus („Triage“) und Verzweiflung, zu „Fünf-Minuten-Medizin“, „blutigen Entlassungen“ und Verweigerung von Behandlung. Wir kämpfen unnachgiebig für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung für Alle, in der es Mediziner*innen möglich ist, alles zu tun, um ihre Patient*innen bestmöglich zu versorgen, auf dass sie schnell genesen oder gar nicht erst erkranken.



Blick in den Musiksaal am 9.5.

Wir treten ein für einen massiven Ausbau des Gesundheitswesens hinsichtlich Personal, Bezahlung, Kapazitäten, Ausstattung und Material, für ein einheitliches Krankenversicherungssystem und kostenfreie Versorgung für alle, für kommunale Polikliniken sowie die umgehende Rekommunalisierung und Demokratisierung der Krankenhäuser sowie eine Verstaatlichung der Pharmaindustrie. Als Sofortmaßnahmen kämpfen wir für die sofortige Abschaffung der Fallpauschalen und für Arbeitszeitverkürzung auf höchstens 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie dauerhaft 500 € mehr pro Monat.

Bildung, Wissenschaft und Kultur als Motor solidarischer Lebensweise

Bildung, Wissenschaft und Kultur sind systemrelevant und systemänderungsrelevant. Das tritt jetzt deutlich hervor.

Ihre Ausrichtung auf Verwertbarkeit der Person, einhergehend mit Vereinzelung und Konkurrenz, steht der Bildung mündiger Menschen fundamental entgegen. Bildung ist etwas Anderes als Pauken und das Erwerben von Abschlüssen für den Arbeitsmarkt. Wir streiten daher für „Eine Schule für Alle“, die vollständig inklusiv ist und in der solidarisch gelernt wird, damit alle sich zu mündigen, aufgeklärten und weltoffenen Bürger*innen bilden können, die gemeinsam ihre Geschicke in die Hand nehmen und sich achtsam und verantwortungsbewusst zu ihren Mitmenschen verhalten.

Wir streiten für unkommerzielle und sozial offene Kultur- und Bildungseinrichtungen, in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisch reflektiert und alle bewegt werden, in denen soziale Zustände begriffen und politische Entscheidungen hinterfragt werden können.

Die Digitalisierung ist kein Ersatz für die soziale Begegnung und zudem ein tiefer Eingriff in Wissenschaftsfreiheit und Lehr- und Lernmethoden. Für das Erlernen von Solidarität und eines kritischen Urteilsvermögens (statt vermeintlicher „Corona-Gemeinschaft“), von Geschichtsbewusstsein und sozial verantwortlichem Umgang miteinander müssen Bedingungen geschaffen werden, damit die Bildungs-, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen schnellstmöglich wieder geöffnet werden können.

Wirtschaft und Soziales

Der Stern des Neoliberalismus ist nicht erst seit der Corona-Pandemie im Sturzflug. Seine Überkommenheit tritt immer deutlicher zu Tage und die Kritik wächst weltweit: wirklich gesellschaftsrelevante Berufsfelder sind unterbesetzt und unterbezahlt, es gibt eine weltweite Knappheit lebenswichtiger Medizingüter, unzählige Menschen haben kein Dach über dem Kopf, nicht genug zu essen oder ihnen fehlt der Zugang zu frischem Wasser, und es könnte längst einen Wirkstoff gegen Corona-Viren geben, wäre da nicht das Profitstreben in der Pharmaindustrie. Eine sozial-ökologische Produktion steht ganz oben auf der historischen Tagesordnung, um den Bedarf aller zu decken – wir brauchen Demokratie in der Wirtschaft und vernünftige Planung!

Für die Verwirklichung der Menschenwürde und gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf den

nicht wohlhabenden Teil der Bevölkerung braucht es sofort eine deutliche Stärkung der Kaufkraft. Die Gelder für die Bewältigung der Coronakrise müssen aus dem Wehretat genommen werden, nicht aus dem Sozialetat. Wir streiten für das Recht auf Arbeit und Wohnen, für einen menschenwürdigen Mindestlohn, ein Verbot von Massenentlassungen und unbegründeten Befristungen, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, den Ausbau betrieblicher Mitbestimmung und die Überführung relevanter Großbetriebe in Gemeinwirtschaft sowie die Verstaatlichung von Grund und Boden.

Auf staatlicher Ebene muss die Politik der Austerität und „Schuldenbremse“ beendet werden – für die Befreiung aus dem Zugriff privater Investoren. Es braucht weitsichtige nachhaltige öffentliche Investitionen in die soziale Grundsicherung, ein öffentlich ausgebautes Gesundheitswesen, lebendige Kultur, Bildung und Wissenschaft, sozialen Wohnungsbau und kostenfreie Angebote für Obdachlose (auch durch Enteignungen), eine nachhaltige Verkehrs- und Energiewende mit sinnvoll ausgebautem, kostenfreiem ÖPNV sowie insgesamt in die öffentliche Infrastruktur. Wenn aktuell massiv öffentliche Mittel für private Unternehmen bereitgestellt werden, muss damit eine staatliche Lenkung der Investitionen nach Gemeinwohlkriterien einhergehen, wenn nicht die allgemeinwohlorientierte staatliche Kontrolle unter Ausbau der Mitbestimmung. Wir treten für eine sofortige Vermögensabgabe sowie die Erhebung der Vermögenssteuer ein. Enteignungen und die Verordnung von unbedingter Gemeinwohlorientierung des Wirtschaftens sind erforderlich!

Gegen Rechts – Freiheit, Gleichheit, Solidarität!

75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus wird von rechts auf die Krise mit noch mehr Demokratieabbau (Orban), Autoritarismus, Nationalismus (Trump) und Sozialdarwinismus (Bolsonaro) geantwortet. Was juckt uns das Virus: Der Stärkere überlebt, der Schwächere hat's nicht anders verdient (AfD).

Die UN-Charta, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ und das Grundgesetz beinhalten als Konsequenz aus zwei imperialistischen Weltkriegen, dass statt Ausbeutung und globaler Konkurrenz die Welt von Völkerfreundschaft, Frieden und für alle gedeihliche Zusammenarbeit bestimmt werden muss. Die Würde des Menschen ist unantastbar! Notwendige Schritte, um

dies zu erreichen sind Demokratisierung der Wirtschaft, Entmachtung der Monopole (insbesondere im Finanz- und IT-Sektor) und die Entmilitarisierung der Wirtschaft, der Bildungseinrichtungen und des öffentlichen Lebens.

Die AfD und alle Nazi-Organisationen – ob hetzend oder real bewaffnet – haben nirgendwo irgendetwas zu suchen. Die Geheimdienste gehören ebenso abgeschafft, und jede Form von Rassismus und Entwürdigung gehört unter Strafe gestellt. Der 8. Mai muss ein Feiertag und Festtag der Völker sein!

Progressive Parteientwicklung: Jetzt erst recht!

Es ist die Aufgabe der LINKEN, für diese Alternative einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Krieg zu streiten und dafür zu motivieren, sich in die anstehenden Auseinandersetzungen mit aller Kraft und allem Verstand einzumischen. Wir sind nicht so wie die anderen Parteien, in denen einzig Vorstände und Fraktionen über Ausrichtung und Inhalt der Politik bestimmen, getrieben von Lobbygruppen und Medienkonzernen. Um aus passivem Unmut aktive Gegenwehr zu machen, muss die LINKE als positives Beispiel vorangehen und als lebendige Mitglieder- und Programmpartei sich so entwickeln, dass gemeinsam und voneinander gelernt werden kann.

Dafür muss die Partei – also die Mitglieder – umgehend wieder ihre Arbeit aufnehmen und tagen können! Dafür brauchen wir eine Landesgeschäftsstelle und andere Räumlichkeiten, die attraktiv, barrierefrei, sichtbar sowie gut zugänglich für herzlich willkommene Interessierte sind und in der sich das Parteilieben munter entfalten kann.

Wir fordern alle Vorstände auf Landes- und Bezirksebene sowie der Zusammenschlüsse und Fraktionen auf, nach bestem Wissen Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich Genoss*innen in Präsenz treffen und die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen eingehalten werden können. Wer nicht teilnehmen kann oder will, muss – auch gegen die Folgen sozialer Isolation – die Möglichkeit haben, anderweitig teilzuhaben.

„Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein.“

Hamburg, am 9. Mai 2020, zum 75. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus

Weiterhin Grundrechtseinschränkungen aufgrund von Corona

(In diesem Beitrag stütze ich mich auf die Auffassung der Juristin Dr. Anika Klafki.)

Die verfassungsrechtlichen Notstandsregelungen gelten bislang nicht durch Notstandsgesetze, die 1968 erlassen wurden. Vielmehr haben wir in Deutschland eine stark zurückgenommene Notstandsverfassung, was auf die Erfahrungen der 1920er und 1930er Jahre zurückzuführen ist. Art.91 GG und Art.115a GG sind derzeit aufgrund von Corona nicht anwendbar. Anwendbar ist nur Art.35 II und III GG. Besondere Entscheidungsbefugnisse, etwa um hier noch weiter die Grundrechte einschränken zu dürfen, lassen sich hieraus für die Bundesregierung jedoch nicht ableiten. Es bedarf jedoch aktuell keiner weiteren Notstandsbefugnisse für die Bundesregierung. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, die Religionsfreiheit und die Versammlungsfreiheit sind bereits eingeschränkt. Nach der langjährigen Rechtsprechung des BVerfG muss jeder Eingriff in Grundrechte durch Gesetze gestützt sein (Art.19 GG Zitiergebot.) Das wären bestimmte Befugnisse in Form von speziellen Gesetzen wie § 28 I IfSG als Generalklausel. Fraglich ist es jedoch, inwieweit es genauerer rechtlicher Regelungen bedarf unter welchen Bedingungen welche Maßnahmen verhängt werden dürfen. Nicht alles lässt sich aus § 28 I IfSG als Generalklausel ableiten. Es wäre erforderlich genauer zu definieren, welche Maßnahmen und wie lange diese zu verhängen wären. Auch fehlt es an einem zeitlichen Maßstab, derartige Maßnahmen zwischen durch zu überprüfen. Es bestünde hier die Gefahr einer Errichtung eines Polizeistaates nach Corona. Art.20 IV GG griffe hier als Abwehrrecht.

Bislang ist § 28 I S.1 IfSG noch ausreichend. Die rechtlichen Grundlagen sind aber bereits erschöpft, weil das Parlament die rechtlichen Grundlagen nicht erweitert hat. Es besteht die Gefahr noch strengerer Ausgangsbeschränkungen, wenn die Oppositionsparteien nicht rechtzeitig handeln. Der temporäre Polizeistaat ist aus Art.20 IV GG zu verhindern. Der Saarländische VerfGH hat eine Wende der Rechtsprechung zu den aktuellen Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen eingeleitet und auch mit Blick auf den Umgang mit naher Verwandtschaft einen Teil der saarländischen Regeln mit sofortiger Wirkung als verfassungswidrig außer Kraft gesetzt. Einem saarländischen Bürger gingen die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen deutlich zu weit. Inzwischen machen immer mehr BürgerInnen Gebrauch von Art.19 GG und beschreiten den Rechtsweg der Verwaltungsgerichte und erteilen niedergelassenen Rechtsanwältinnen Mandat-

te. Es laufen nun in allen 16 Bundesländern zahlreiche Eilverfahren von betroffenen BürgerInnen, die die Coronabeschränkungen rechtlich überprüfen lassen und sich das nun nicht mehr gefallen lassen wollen.



Ansammlung? Versammlung? 23.Mai an der Ludwig-Erhard-Straße. Foto: Reinhard Schwandt

Inzwischen kam es auch bundesweit zu spontanen Ansammlungen, die keine Versammlung darstellten. Zwischen einer Ansammlung und einer Versammlung ist zu unterscheiden. Wenn in einer Fußgängerzone Menschen vor einem Schaufenster stehen bleiben, um dieses zu betrachten, stellt es noch längst keine Versammlung dar. Das Gleiche gilt m.E. auch, wenn sich jemand spontan dazu entschließt, an einem öffentlichen Ort z.B. einer Fußgängerzone eine Rede zu halten. Wenn andere als Dritte die Rede interessant finden und zuhören möchten ist es keine Versammlung. Inzwischen gibt es ja auch die gesetzliche Regelung, dass Mindestabstände von 1,50 m unterschritten werden dürfen, sofern diese Distanz nicht mehr eingehalten werden kann. Fraglich ist dabei, ob, wann und inwieweit die Polizei das auflösen darf. Im Ordnungsrecht gibt es den Begriff des Handlungs- und Zustandsstörers. Ist ein RednerIn ein solcher oder nicht? Sämtliche derartige polizeiliche Maßnahmen sind rechtlich überprüfbar durch eine Fachaufsichtsbeschwerde bzw. ein Rechtsbehelfsverfahren. Jedoch ist polizeilichen Weisungen stets vor Ort zunächst Folge zu leisten, da es dagegen formal zunächst keinerlei aufschiebende Wirkungen gibt. Realakte in Form von Weisungen sind spezielle Verwaltungsakte. In Hamburg wäre das auf Grundlage von § 3 SOG in Form einer Generalklausel möglich. Anmeldungen zu öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel sind z.Zt. nur unter Auflagen genehmigungsfähig. Die Republik steht 2020 derzeit nach dem 2.Weltkrieg vor einer ihrer schwierigsten Herausforderungen.

Roberto Perez Hagen

8. Mai – Tag der Befreiung



Am 8. Mai hat sich der Bezirksverband Hamburg-Mitte an einer Mahnwache der VVN-BDA beteiligt.

Bei den Redebeiträgen wurde immer wieder gefordert, dass der 8. Mai ein Feiertag werden muss, damit ein würdiges Gedenken an die Befreiung

Das Stadthaus war ein angemessener Treffpunkt für diese Mahnwache. Hier war das Tor zur Hölle für viele Verfolgte des Naziregimes. In dem Gebäude wurde gefoltert, gemordet und die Deportation in Vernichtungslager vorbereitet.



Die Initiative stellt ihre Forderung nach Nutzung der „Wagenhalle“ vor

Insgesamt ca. 200 Menschen vor der Fassade der „Stadhöfe“.

Die Veranstaltung war so gut besucht, dass es erforderlich war, viele Besucher aufzufordern einen Spaziergang anzutreten, um die Corona Bedingungen einzuhalten. Am Anfang wurde eine digitale Grußbotschaft von Esther Bejarano abgespielt.

vom Faschismus ermöglicht wird. Diese Forderung wird natürlich von unserem Bezirksverband voll und ganz unterstützt. In den nächsten Wochen wird die VVN-BDA durch weitere Mahnwachen, ihre Forderung für eine würdige Gedenkstätte im Stadthaus unterstreichen.

i.A. des Bezirksvorstandes
Wolfgang Strauß, auch Fotos

Initiative Gedenkort Stadthaus

Der Protest geht weiter!

Mahnwache: jeden Freitag von 17.00 – 18.00 Uhr
Stadthausbrücke/Ecke Neuer Wall

GERADE JETZT: Erinnern für Gegenwart und Zukunft

WIR FORDERN:

- Einen Lern-, Dokumentations- und Gedenkort, der diese Geschichte des Stadthauses, die zur Geschichte Hamburgs gehört, ins öffentliche Bewusstsein bringt
- Einen Raum für die Darstellung des antifaschistischen Widerstandes und die Würdigung der Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer
- Für diesen Lernort Stadthaus eine Fläche, in der zumindest die schon vorhandenen Ausstellungen und Inhalte angemessen präsentiert werden können
- Als einen Schritt dazu die Durchsetzung des zwischen der Stadt und dem Investor Quantum geschlossenen Vertrages über 750 Quadratmeter

Auch die neue Gedenkecke bleibt peinlich und respektlos

Ende Januar wurde die seit langem vorbereitete neue Gestaltung des „Geschichtsort Stadthaus“ im Lesesaal an der Stadthausbrücke fertiggestellt. Eine offizielle Präsentation soll es möglicherweise im März geben, wenn sich Kulturbehörde und Quantum über ihre Verantwortlichkeiten ver-

ständig haben.

Es gibt eine Alternative: Die Wagenhalle/Meldehalle

Direkt neben dem Lesesaal steht seit Jahren die sog. Wagenhalle/Meldehalle leer. Wir fordern die demokratischen Parteien der Bürgerschaft auf, diese ca. 700 qm große Halle als Raum für den Dokumentations-, Lern- und Gedenkort zu mieten (bei ca. 30 Euro/qm jährlich ca. 250.000 Euro) oder auf unbeschränkte Zeit zu pachten und den dauerhaften Betrieb zu gewährleisten.

Wir setzen dabei voraus, dass der Hamburger Bürgerschaft die Würdigung des Widerstands und der Tätergeschichte des Stadthauses nicht weniger wert ist als die monumentale Ehrung des Reichskanzlers und Sozialisten-Verfolgers Bismarck, dessen Denkmal mit 15 Millionen Euro (hälftig Stadt Hamburg und von Hamburger Abgeordneten eingeworbene Bundesmittel, Stand 2019) aufwändig saniert werden soll.

Es gibt keine finanziell begründbaren Einwände gegen die Wagenhalle. Gefordert ist der politische Wille, die notwendige Erinnerung an die Stadthausgeschichte und an den Hamburger Widerstand im Zentrum der Stadt zu gestalten.

Unten: Kundgebung am 8. Mai; Foto: Ini



Termine in (und für) Mitte

Dies sind die turnusmäßigen Termine. Ob sie als reale oder virtuelle Treffen oder gar nicht stattfinden ist zurzeit noch unklar. Bitte auf gesonderte Einladungen achten.

Donnerstag, 11.06., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Sonntag, 14.06., 15 bis 19 Uhr

Bezirksmitgliedertreffen (s.S. 2)
Alevitische Gemeinde, Nobistor 33-35

Montag, 15.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 17.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 17.06., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 18.06., 17:30 Uhr

Öffentliche* Sitzung der Bezirksversammlung
Caffamacherreihe 1-3, 11. Stock
* wird wohl wieder auf YouTube gestreamt

Montag, 22.06., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9 (?)

Juli 2020

Montag, 06.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Donnerstag, 09.07., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 13.07., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 15.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 15.07., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Montag, 20.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a
Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:

Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX